

Auszug aus der Niederschrift
12. Sitzung des Sozialausschusses vom 02.06.2022

- 1.3 Jahresbericht 2021 der Schuldnerberatung des Diakoniewerks Oberhausen
Tätigkeitsbericht 2021 der Schuldnerberatung des Caritasverbands Oberhausen e.V.
M/17/1837-01
zur Kenntnis genommen**

Frau Lösken (Bürgermitglied) bedankt sich für die Berichte und fragt nach:

1. ob aus betriebswirtschaftlicher Sicht eine Förderung der Prävention nicht sinnvoller wäre,
2. ob die Auswirkungen der Mehraufwendungen für Energie berücksichtigt werden
3. und warum zwei getrennte Berichte eingereicht wurden.

Herr Koch (Bürgermitglied) fragt nach, ob das Personal ausreichend ist, da aufsuchende Menschen mittlerweile bis zu drei Monate auf einen Termin warten müssen. Im Hinblick auf die bereits seit Jahren bestehende Inflation sollten Wege gefunden werden, der Verschuldung entgegenzuwirken.

Herr Domeyer (Diakoniewerk Oberhausen) beantwortet die Fragen dahingehend, dass durch die Pandemie ein bereits vorhandenes Präventionsprojekt nicht mehr weitergeführt werden konnte. Nunmehr wurde diese Projektarbeit, in der es darum geht, gerade jungen Menschen den Umgang mit Geld nahezubringen, wieder aufgenommen. Aufgrund der beschränkten finanziellen Mittel wird dieses Projekt von Ehrenamtlern durchgeführt.

Zu den getrennten Berichten erläutert er, dass die Zahlen des Caritasverbands und des Diakoniewerks auf unterschiedlichen Grundlagen basieren und somit schlecht vergleichbar sind, sagt aber zu, in den nächsten Jahren wieder einen gemeinsamen Bericht anzustreben.

Zu der Frage des Stellenvolumens verweist er auf die Vorlage im nichtöffentlichen Teil. Da ein Anstieg der Beratungsanfragen von über 40 Prozent zu verzeichnen ist, geht er nicht davon aus, dass das bisherige Stellenvolumen ausreicht.

Herr Jednorog (Schuldnerberatung des Diakoniewerks) teilt zur 2. Frage mit, dass bei den die Schuldnerberatung aufsuchenden Menschen i.d.R. keine Reserven zum Ausgleich der Preissteigerungen vorhanden sind. Das zeigt auch die steigende Nachfrage. Er geht davon aus, dass durch die Einmalzahlung der Energiebeihilfe im September 2022 die Notlage der Menschen nicht beseitigt werden kann.

Herr Kreuzfelder (Caritasverband Oberhausen) hält den gewünschten gemeinsamen Bericht für sinnvoll und sagt diesen für die Zukunft zu.

Im Städtevergleich weist Oberhausen eine dramatische Unterdeckung im Bereich der Insolvenzberatung auf. Er bittet um eine deutliche Nachbesserung sowohl im Bereich der Schuldnerberatung als auch im Bereich der Insolvenzberatung. Auch der Caritasverband ist im letzten Jahr

aus der Insolvenzberatung ausgestiegen, da in Oberhausen aufgrund der steigenden Kosten allein in der Schuldnerberatung ein deutlich angestiegener Bedarf festzustellen ist.

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache M/17/1837-01 zur Kenntnis.